

Niederschrift

über die 28. öffentliche Sitzung

des Ausschusses für Finanzen, Wirtschaft und Liegenschaften

am Dienstag, dem **27.01.2015**, im **Sitzungszimmer des Rathauses in Sande**

Tagesordnung:

- 1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung, der Beschlussfähigkeit und der Tagesordnung**
- 2. Einwohnerfragestunde**
- 3. Genehmigung der Niederschrift Nr. 26 vom 11.12.2014**
- 4. Genehmigung der Niederschrift Nr. 27 vom 13.01.2015**
- 5. Antrag der CDU-Fraktion zur Haushaltskonsolidierung
Vorlage: 010/2015**
- 6. Mitteilungen, Anfragen und Anregungen**

Beginn: 17:00 Uhr

Anwesend:

Ausschussmitglieder

Ratsherr Jörg Beutz
Ratsfrau Christel Bohlen bis 18.25 Uhr
Ratsfrau Isabel Bruns
Ratsherr Christian Fiedler
Ratsfrau Angela Hoffbauer
Ratsherr Oliver Kohls bis 18.10 Uhr
Beigeordneter Achim Rutz

Vertreter/in

Beigeordneter Matthias Lührs als Vertreter für Frau Ratsfrau Bohlen
Ratsherr Reinhard Oncken als Vertreter für Herrn Ratsherr Kohls

Verwaltung

Bürgermeister Stephan Eiklenborg
Gemeindeoberamtsrat Klaus Oltmann
Gemeindeoberamtsrat Jürgen Focke
Verwaltungsfachangestellte Sandra Lö- als Schriftführerin
schen

Zur Tagesordnung wurde wie folgt verhandelt:

1. **Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung, der Beschlussfähigkeit und der Tagesordnung**

Der Ausschussvorsitzende, Ratsherr Beutz, eröffnete die Sitzung, begrüßte die Anwesenden und stellte die ordnungsgemäße Einladung, die Beschlussfähigkeit sowie die Tagesordnung fest.

2. **Einwohnerfragestunde**

3. **Genehmigung der Niederschrift Nr. 26 vom 11.12.2014**

Beschluss:

Die Fassung der Niederschrift wurde genehmigt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

4. **Genehmigung der Niederschrift Nr. 27 vom 13.01.2015**

Beschluss:

Die Fassung der Niederschrift wurde genehmigt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

5. **Antrag der CDU-Fraktion zur Haushaltskonsolidierung**
Vorlage: 010/2015

Von der CDU-Fraktion wurde beantragt, folgende Punkte in die Haushaltskonsolidierungsliste aufzunehmen. Über die Aufnahme der einzelnen Punkte soll jeweils eine getrennte Abstimmung erfolgen.

1. Erarbeitung eines Personalentwicklungskonzeptes nach erfolgter Organisationsuntersuchung mit dem mittel- bis langfristigen Ziel, die Personalkosten zu reduzieren:

Die SPD-Fraktion möchte zunächst die Kosten und den Umfang einer Organisationsuntersuchung prüfen lassen und eine entsprechende Ausschreibung abwarten. Erst nach Feststellung des Ergebnisses können dann weitere Entscheidungen über die Durchführung eines Personalentwicklungskonzeptes getroffen werden.

Die Gruppe Grüne/FDP wünschte auch die Durchführung einer Organisationsuntersuchung, aber ohne diese Zielsetzung. Eine langfristige Personalplanung wäre gut, aber es müsste auf jeden Fall eine Aufgabenkritik

durchgeführt werden.

Aufgrund dessen beantragte die CDU-Fraktion die Änderung dieses Punktes zur Aufnahme in die Haushaltskonsolidierungsliste wie folgt:

Ausschreibung einer Organisationsuntersuchung (Kostenschätzung ca. 15.000,00 €) mit anschließender, erneuter Beschlussfassung, ob aufgrund dieser Grundlage ein Personalentwicklungskonzept durchgeführt werden soll.

Der Antrag wurde nach entsprechender Änderung angenommen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

2. Mittelfristige Überführung der Seniorenarbeit auf eine ehrenamtliche Basis:

Die CDU-Fraktion möchte diesen Punkt in einem 5-Jahres-Zeitraum umgesetzt sehen.

Die kommunale Seniorenarbeit sollte laut der SPD-Fraktion auf jeden Fall weitergeführt werden und nicht in eine ehrenamtliche Tätigkeit überführt werden.

Änderungen und neue Konzepte wären aber möglich, der Zeitraum von 5 Jahren allerdings zu kurz.

Die Gruppe Grüne/FDP stimmte dem zu, die Seniorenarbeit nicht in eine ehrenamtliche Tätigkeit zu überführen, da das Risiko bestünde, dass sie dann irgendwann ganz wegfallen könnte. Es sollte überlegt werden, welche Zielsetzung die Seniorenarbeit haben soll (z.B. Mobilität). Man könnte auch die Ergebnisse aus dem Demographieworkshop in diese Überlegungen mit einbeziehen oder die Sozialstation einbinden.

Das Sander Bündnis für Familie unterhält auch den Seniorenbesuchsdienst.

Man bräuchte mindestens 10 Jahre Zeit, um ein neues belastbares Konzept aufzustellen.

Der Antrag wurde abgelehnt.

Abstimmungsergebnis: 5 Nein-Stimmen, 2 Ja-Stimmen

3. Eindeutige Klärung der Kostenübernahme der gemeindlichen Jugendarbeit durch den Landkreis Friesland vor dem Hintergrund der Fragestellung, ob hier das Konnexitätsprinzip verletzt wird:

Von der Verwaltung wurde erläutert, dass die Aufgaben der Jugendhilfe grundsätzlich bei den Landkreisen liegen (gesetzliche Zuständigkeit gem. § 69 Kinder- und Jugendhilfegesetz (KJHG)).

Die Gemeinden des Landkreises Friesland haben durch einen Vertrag mit dem Landkreis die Aufgaben der Jugendhilfe freiwillig übernommen. Nach § 13 Abs. 1 Ausführungsgesetz KJHG ist hierfür ein Einvernehmen mit dem örtlichen Träger (Landkreis) erforderlich. Dieses Einvernehmen wurde durch den gegenseitigen Vertrag hergestellt.

Darin ist unter anderem geregelt, dass die von den Gemeinden errichteten

und unterhaltenen Jugendzentren weiterhin in eigener Zuständigkeit betrieben werden. Für den Betrieb der Jugendzentren gibt es keine Kostenerstattung seitens des Landkreises.

Es war keine Abstimmung notwendig, da durch die Vereinbarung eindeutig festgelegt wurde, wer Kostenträger ist. Das Konnexitätsprinzip wurde nicht verletzt.

4. Verkauf des Wohntraktes der Hofstelle Alt-Marienhausen:

Die Gemeinde Sande hat die Domäne Alt-Marienhausen im Jahr 1990 erworben.

Eine bauliche Trennung des Wohntrakts von der restlichen Anlage wäre möglich, ein Verkauf des Wohntrakts mit Gartenfläche wäre denkbar. Es gibt dort einen hohen Sanierungsbedarf. Dies müsste vom Nutzungskonzept abhängig gemacht werden. Ein mögliches Konzept wäre die Wohnnutzung.

Die SPD-Fraktion meinte, es müsste zuerst ein Nutzungskonzept erstellt werden, damit man Einfluss auf die Art der Nutzung hat und richtungsweisend agieren kann. Die Anlage sollte als Gesamtheit weiter entwickelt werden. Ein Verkauf käme momentan nicht in Frage.

Auf die Frage eines Ausschussmitglieds erklärte die Verwaltung, dass das Gebäude unter Denkmalschutz steht.

Die Gruppe Grüne/FDP stellte den Antrag, über diesen Punkt im nichtöffentlichen Teil weiter zu beraten.

Dem stimmte der Ausschuss zu.

5. Erarbeitung und Erlass einer Nachhaltigkeitssatzung als kommunale Schuldenbremse in 2015 mit einem noch näher festzusetzendem Wirksamkeitsdatum voraussichtlich 2017:

Die SPD-Fraktion sah keinen Grund für den Erlass einer Nachhaltigkeitssatzung. Im Vergleich mit der Haushaltssituation anderer Kommunen gäbe es in Sande keine Notwendigkeit. Man wäre auch so bestrebt, einen ausgeglichenen Haushalt zu verwirklichen. Bei einer Erhöhung der Grundsteuer B wäre die Basis der jetzige Hebesatz von 400 %, der schon der höchste im Landkreis Friesland ist.

Sie befürchtete, die Erhöhung der Grundsteuer B könnte dann auch zu einer Gefährdung Sandes als Wohn- und Gewerbestandort führen.

Von rechtlicher Seite gäbe es keine Bedenken gegen den Erlass einer solchen Satzung.

Die Gefahr einer Erhöhung der Kreisumlage bestünde nicht, da der Berechnungsgrundlage für die Steuerkraftmesszahl zunächst ein Landesdurchschnitt aller Hebesätze in Niedersachsen zu Grunde liegt.

Der Antrag wurde abgelehnt.

Abstimmungsergebnis: 3 Ja-Stimmen, 4 Nein-Stimmen

6. **Mitteilungen, Anfragen und Anregungen**

- - -

Schluss der Sitzung: 18:30 Uhr

Ausschussvorsitzender

Bürgermeister

Schriftführerin